



Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert 13. September 2017

Europa hat wieder Wind in den Segeln -

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zur Lage der Union

Nachdem Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Fortschritte der EU, insbesondere in den Politikfeldern Verteidigung, Wachstum, Beschäftigung und bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte lobt, gibt er einen Ausblick auf die verbleibenden 16 Monate, in denen weitere Initiativen dieser Kommission möglich sind: „Wir müssen jetzt die notwendigen Schritte gehen, um ein besseres Europa für das Jahr 2025 zu schaffen.“

Hier eine Zusammenfassung der für NRW relevanten Positionen.

Die Zukunft der Europäischen Union

Mit Blick auf das am 01.03.2017 vorgestellte Weißbuch zur Zukunft der EU und die darin vorgeschlagenen fünf Szenarien präsentiert der Kommissionspräsident sein „persönliches Szenario sechs“. Für ihn sei Europa mehr als Binnenmarkt, Geld und Euro, sondern kapriere sich auf die Werte Freiheit, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit. Europa sei eine Union der Freiheit, auch von Unterdrückung und Diktatur, und stehe für Freiheitswerte wie die Meinungsfreiheit von Bürgern und Journalisten. Die zweite Säule sei die Union der Gleichberechtigung der Mitglieder, unabhängig von Größe oder geographischer Lage. Es dürfe weder Bürger noch Arbeitnehmer zweiter Klasse geben. So sollten Menschen, welche die gleiche Arbeit am gleichen Ort verrichten, auch die gleiche Entlohnung erhalten. Die Rechtsstaatlichkeit als dritte Säule sei keine Option, sondern Pflicht für die Mitgliedstaaten. Sie manifestiere sich in der Garantie einer unabhängigen Justiz, welche die Einhaltung von Recht und Gesetz sicherstelle. Rechtskräftige Urteile seien unbedingt zu respektieren. Das gelte in besonderer Weise für den Gerichtshof der Europäischen Union, dem die Mitgliedstaaten einvernehmlich die Befugnis übertragen haben, verbindlich in letzter Instanz zu

entscheiden. Der Kommissionspräsident betont ausdrücklich, dass die EU kein Staat, aber ein Rechtsstaat sei.

Im Hinblick auf die Beitrittskandidaten wird die Erweiterungsperspektive für die Staaten des westlichen Balkan bekräftigt.

Für die Türkei schließt der Kommissionspräsident einen Beitritt auf absehbare Zeit aus und verurteilt zunehmende Verletzungen der Meinungs- und Pressefreiheit. Für das „große türkische Volk“ bleibe die Hand für eine Zusammenarbeit auf der Grundlage der europäischen Werte jedoch ausgestreckt.

Institutionelle Weiterentwicklung

Der Kommissionspräsident bestätigt den bereits 2014 eingeschlagenen Kurs, sich nur mit den wirklich wichtigen Themen zu beschäftigen und die „kleinen Dinge“ den Mitgliedstaaten zu überlassen und ihnen insoweit Befugnisse zurückzugeben. Im Zuge der besseren Rechtsetzung soll unter dem Vorsitz des Ersten Vizepräsidenten Frans Timmermans eine „Task Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit“ eingesetzt werden.

Zur Stärkung und Verbesserung der Effizienz der europäischen Demokratie schlägt der Kommissionspräsident außerdem vor, das Amt des Kommissionspräsidenten und des Präsidenten des Europäischen Rates zu verschmelzen. Dies würde auch mit Blick auf die Bürger der wahren Natur der Europäischen Union besser gerecht werden.

Finanzen

Erweiterung Wirtschafts- und Währungsunion: Alle Mitgliedstaaten sollten den Euro als Währung übernehmen, sofern die EU den Euro als Einigungsinstrument betrachte. Der Euro sei dazu bestimmt, die einheitliche Währung der Europäischen Union als Ganzes zu sein. Um die Einführung des Euro für diese Mitgliedstaaten zu erleichtern, wird die



Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert 13. September 2017

Europäische Kommission am 06.12.2017 die Schaffung eines „Euro-Vorbeitragsinstrumentes“ vorschlagen. Es soll die Mitgliedstaaten bei der Heranführung an die gemeinsame Europäische Währung technisch und finanziell unterstützen. Bisher sind 19 Mitgliedstaaten Mitglieder der Eurozone, noch nicht dabei sind Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Schweden, die Tschechische Republik und Ungarn. Dänemark verfügt (wie das Vereinigte Königreich) über ein vertraglich vereinbartes Recht zum „Opt-out“. Bulgarien gilt als der nächste aussichtsreichste Kandidat.

Juncker schlägt des Weiteren eine institutionelle Veränderung der Zuständigkeiten im Zusammenspiel der Ämter der Eurozone vor. Der Kommissar für Wirtschaft und Währung soll nach den Plänen Junckers zugleich Vorsitzender der Eurogruppe sowie Vizepräsident der Europäischen Kommission werden. Der künftige Amtsinhaber solle als Euro-Finanzminister für die Koordinierung aller EU-Finanzierungsinstrumente zuständig sein. Damit bleibt Juncker hinter der Forderung des frz. Staatspräsidenten Emmanuel Macron zurück, der die Schaffung eines eigenen Eurozonen-Budgets fordert. Ein dafür notwendiger erfolgreicher Ausgang von Vertragsänderungen gilt derzeit als aussichtslos. Stattdessen fordern der Präsident, wie auch der zuständige Kommissar für Haushalt und Personal, Günther Oettinger, ein starkes Budget für die Eurozone innerhalb des EU-Haushaltes. Parallelstrukturen solle es nicht geben. Mit Blick auf das Europäische Parlament (EP) verweist er darauf, dass das EP auch das EP der Eurozone sei und bleibe. Der Vorschlag für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen post2020 wird im Mai 2018 erwartet. Darauf werden Vorschläge für die Programme und zur Reform der Eigenmittel folgen.

Nicht neu ist die Forderung, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) schrittweise in einen Europäischen Währungsfonds umzuwandeln. So könne die EU künftig ohne fremde Hilfe auskommen, wenn Mitgliedern der EU strukturell geholfen werden müsse. Der

legislative Vorschlag dazu soll – mit weiteren Strukturreformen zur Eurozone – ebenfalls am 06.12.2017 veröffentlicht werden.

Juncker fordert des Weiteren die rasche Vollendung der Bankenunion und lädt alle Mitgliedstaaten dazu ein, der Bankenunion beizutreten. Dazu müssten die verbleibenden Risiken in den Bankensystemen mancher Mitgliedstaaten verringert werden. Unter Hinweis auf das derzeit im Rat wie im EP streitig diskutierte Dossier einer gemeinsamen Einlagensicherung fordert Juncker, dass es das Instrument nur geben könne, wenn jeder Mitgliedstaat seine nationalen Hausaufgaben erledigt habe.

Gemeinsamer Binnenmarkt: Bereits das Europäische Parlament hatte in der Vergangenheit die Aktivierung der so genannten Brückenklausel des Artikel 48 Abs. 7 AEUV für den Bereich des Steuerrechts gefordert. Danach kann der Europäische Rat einstimmig beschließen, dass über gewisse Politikbereiche (wie Steuerpolitik), für die Einstimmigkeit im Rat erforderlich ist, mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden kann. Juncker fordert, dass die Klausel für die im Rat streitigen Dossiers der Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GK(K)B, über die Mehrwertsteuereuers, über eine (künftige) faire Besteuerung der Digitalwirtschaft und über die Schaffung einer gemeinsamen Finanztransaktionssteuer (FTT) gelten soll. Des Weiteren fordert er dazu eine gleichberechtigte Mitwirkung des Europäischen Parlaments.

Wirtschafts- und Handelspolitik

Nach Junckers Worten werde eine der Prioritäten der Kommission für das kommende Jahr die Handelspolitik sein. Der Kommissionspräsident spricht sich für einen offenen Außenhandel aus, der aber auf Gegenseitigkeit begründet sein müsse. Er verweist auf die laufenden Verhandlungen über Handelsabkommen und betont, dass die EU ein attraktiver globaler Wirtschaftspartner sei. Der Handel schaffe nicht nur Arbeitsplätze,



Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert 13. September 2017

sondern trage auch dazu bei, europäische Standards in den Bereichen Soziales, Umwelt, Lebensmittelsicherheit und Datenschutz zu exportieren. Juncker stellte aber auch klar, dass die EU ihre strategischen Interessen verteidigen müsse. So habe die Kommission heute einen neuen Europäischen Rahmen zur Überprüfung von Investitionen („Investment Screening“) vorgeschlagen. Es sei eine Frage der politischen Verantwortung und der kollektiven Sicherheit zu prüfen, so der Kommissionspräsident, wenn ausländische Staatsunternehmen europäische Infrastruktureinrichtungen oder Verteidigungstechnologie übernehmen wollen.

Energiepolitik und Dekarbonisierung

Die Schaffung einer europäischen Energieunion zählt zu den politischen Prioritäten der Juncker-Kommission. Die Kommission hatte jedoch bereits einen Großteil ihrer Legislativvorschläge vorgelegt, u.a. das umfangreiche Winterpaket zur Energieunion im November 2016 („Saubere Energie für alle Europäer“). Entsprechend betonte Präsident Juncker in seiner SOTEU-Rede die Bedeutung der Energieunion für die EU und verwies vor allem auf die Notwendigkeit der Erarbeitung und Finalisierung der Rechtsakte auf Basis der Kommissionsvorschläge sowie deren Implementierung.

Hinsichtlich weiterer Initiativen im Rahmen der Energieunion verwies der Kommissionspräsident auf die kommenden Vorschläge zur Dekarbonisierung im Verkehrssektor („Paket zu Mobilität und Klimaschutz“). Klimaschutz bzw. die Dekarbonisierung ist ebenfalls ein Teil und eine der fünf Dimensionen der „robusten Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik“. Juncker betonte auch die globale Führungsrolle der EU im Bereich des Klimaschutzes und der Klimapolitik im Nachgang zu COP21 und der entsprechenden Entscheidung der USA zum Rückzug aus diesem Abkommen.

Landwirtschaft und Lebensmittel

Im Bereich Lebensmittel kündigte Juncker an, gegen die Praxis vieler Unternehmen vorzugehen, in osteuropäischen Mitgliedstaaten qualitativ schlechtere Lebensmittel zu verkaufen. Er bezeichnete diese Praktiken als illegal.

Ob sie dies tatsächlich sind, wenn die Inhaltsstoffe korrekt deklariert sind, ist in Fachkreisen allerdings umstritten.

Innen- und Migrationspolitik

Als weitere Priorität für das kommende Jahr greift Präsident Juncker den besseren Schutz im digitalen Zeitalter auf. Er bezieht sich insbesondere auf die Online-Sicherheit und damit auch auf die Grundsätze des europäischen Datenschutzrechts. Weiter betont Präsident Juncker in seiner Rede die verstärkte Bekämpfung von terroristischer Propaganda und Radikalisierung im Internet. Diese Ausführungen stehen direkt im Zusammenhang mit dem zehnten Fortschrittsbericht zu einer echten und effektiven Sicherheitsunion, den die Europäische Kommission am 06.09.2017 vorgelegt hatte. Um der Radikalisierung online entgegenzuwirken, arbeitet die Kommission mit Internetplattformen zusammen, um Terroristen die Nutzung des Internets zu erschweren und die Online-Nutzer zu schützen. Weiter benennt Präsident Juncker auch das Thema Cybersicherheit als ein wichtiges Anliegen. Konkret kündigte er dabei die Schaffung einer EU-Agentur für Cybersicherheit an. Laut Juncker können Cyberangriffe für Staaten gefährlicher sein als herkömmliche Kriege.

Unter der Zwischenüberschrift „Eine stärkere Union“ betont Präsident Juncker, dass die EU auch stärker bei der gemeinsamen Terrorbekämpfung werden müsse. In den letzten drei Jahren seien zwar bereits Fortschritte zu verzeichnen gewesen, aber bei grenzübergreifender terroristischer Bedrohung werde nicht schnell genug reagiert. Deshalb plädiere er für eine europäische



Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert

13. September 2017

Aufklärungseinheit, die sicherstellt, dass Daten über Terroristen und Auslandskämpfer automatisch zwischen den nationalen Nachrichten- und Polizeidiensten ausgetauscht werden.

Hinsichtlich der fünften Priorität „Migration“ betont Präsident Juncker, dass diese weiterhin im Focus der EU sei und in dem letzten Jahr Fortschritte gemacht worden sind, auch wenn diese von ihm als noch ausbaufähig bezeichnet werden. Er erwähnt zunächst den besseren Schutz der Außengrenzen der EU und weist darauf hin, dass mittlerweile 1.700 Beamte der neuen Europäischen Grenz- und Küstenwache die nationalen Grenzschützer in Griechenland, Bulgarien, Italien und Spanien unterstützen. Um den Schutz der Außengrenzen weiter zu verbessern, sollten, so Präsident Juncker, Bulgarien und Rumänien unverzüglich in den Schengen-Raum aufgenommen werden. Auch Kroatien solle die volle Schengen-Mitgliedschaft ermöglicht werden, wenn alle Bedingungen erfüllt seien.

Als ebenfalls positive Entwicklung bezeichnet wird die erhebliche Reduzierung der Ankünfte von irregulären Migranten über das zentrale und östliche Mittelmeer. Aufgrund der EU-Türkei-Erklärung sei die Zahl der Geflüchteten in der Ostägäis um 97% und im zentralen Mittelmeer um 81% gesunken, verglichen mit der Lage im Sommer 2016. Auch seien die Todesfälle auf See stark reduziert worden, wobei leider immer noch fast 2.500 Menschen bei der Überfahrt gestorben seien. Der Präsident hat in diesem Zusammenhang ausdrücklich Italien für seinen Einsatz gedankt und gesagt, dass Italien im Mittelmeer die Ehre Europas rette. Daher werde Italien weiter operativ und finanziell unterstützt werden, auch um die libysche Küstenwache weiter zu schulen. Die Lebensumstände der Flüchtlinge in Auffang- oder Aufnahmelagern in Libyen müssten dringend verbessert werden, denn Europa habe gemeinsam mit den Vereinten Nationen eine humanitäre Verantwortung.

Präsident Juncker spricht in seiner Rede auch die Flüchtlingsverteilung innerhalb Europas an

und betonte, dass die meisten europäischen Staaten Solidarität gezeigt haben. Die EU-Staaten hätten 720.000 Flüchtlinge aufgenommen und damit dreimal mehr als die USA, Kanada und Australien zusammen. Europa solle keine Festung werden, sondern ein „Kontinent der Solidarität“ bleiben.

Zum Thema Rückführungen sollten Migranten, die kein Schutzrecht genießen, wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen. Die Rückführungsquote innerhalb der EU von 36% sei zu niedrig. Solidarität sei aber nicht nur innerhalb Europas wichtig, sondern müsse auch mit den afrikanischen Staaten geleistet werden. Präsident Juncker mahnte daher in Richtung der EU-Staaten an, dass der EU-Treuhandfonds für Afrika hauptsächlich aus EU-Mitteln bestückt werde und bisher aber nur 150 Mio. Euro aus den nationalen Haushalten gekommen seien.

Schlussendlich wurde von Präsident Juncker ausgeführt, dass die Kommission daran arbeite, auch legale Einreisemöglichkeiten zu eröffnen. Fast 22.000 Flüchtlinge aus der Türkei, Jordanien und Libanon seien in der EU neu angesiedelt worden, und er unterstütze den Aufruf des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen, weitere 40.000 Flüchtlinge aus Libyen und den benachbarten Ländern neu anzusiedeln.

Justiz

Neben der bereits erwähnten europäischen Aufklärungseinheit für den effizienteren Datenaustausch, sollte die neu geschaffene Europäische Staatsanwaltschaft, die bislang lediglich für die Verfolgung von Betrugsstaten zum Nachteil der Interessen der EU vorgesehen ist, auch für die Verfolgung von grenzüberschreitend terroristischen Straftaten zuständig werden.

Arbeit und Soziales

Zutreffend stellt Präsident Juncker fest, dass in Europa insgesamt die Arbeitslosigkeit zurückgegangen und die Beschäftigung um 8 Millionen Arbeitsplätze gestiegen ist.



Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert

13. September 2017

Dieser Durchschnittswert verdeckt jedoch die großen Unterschiede – bei Ursache und Wirkung.

Arbeitslosigkeit: Die Spannweite der Quoten (Juli 2017) liegt zwischen 2,9% (Tschechische Republik) und 21,7% (Griechenland).

Beschäftigung: Von den 8 Millionen neuen Arbeitsplätzen entfallen mehr als die Hälfte der Beschäftigungsgewinne auf Deutschland, UK und Spanien. Außerdem: In Polen und Ungarn sind zusammen deutlich über eine Million neuer Arbeitsplätze entstanden. Das ist nicht zuletzt auf die Transfers aus dem Europäischen Budget (Kohäsionspolitik) zurückzuführen. Auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit hat zum Beschäftigungszuwachs und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit beigetragen.

Den Grundsatz, dass Menschen, die die gleiche Arbeit am gleichen Ort verrichten, auch den gleichen Lohn bekommen sollten, hat der Kommissionspräsident erwartungsgemäß unterstrichen. Das Prinzip – das insbesondere bei der Entsendung gelten soll, die zurzeit im Rat kontrovers diskutiert wird – steht in Frankreich auf der Prioritätenliste des neuen Präsidenten ganz oben. Neu ist die Forderung nach einer neuen Aufsichts- und

Umsetzungsbehörde, die die Kommission nun schaffen will. Bisher arbeiten die jeweiligen nationalen Behörden jeweils für sich.

In 2016 hat die Europäische Kommission zur Konsultation zum Aufbau einer Europäischen Säule sozialer Rechte aufgerufen. Dabei war von Anfang klar, dass die nationalen Sozialsysteme noch lange unterschiedlich und eigenständig bleiben werden. Gleichwohl gibt es auch eine europäische Dimension, wenn es z.B. um Bedingungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die Koordinierung der sozialen Sicherheit, die Anerkennung beruflicher Qualifikationen oder Mindeststandards im Arbeitsschutz geht. Notwendige Bedingung für den Fortschritt in „einer Europäischen Union der Sozialstandards“ wäre eine Einigung der Mitgliedstaaten beim Göteborg-Gipfel im November, wie es der Kommissionspräsident in seiner Rede vorgeschlagen hat.

Europäische Arzneimittelagentur

Die Verlagerung der in London ansässigen Europäischen Arzneimittelagentur und der EBA wurde vom Kommissionspräsidenten nicht thematisiert.